

## **Bericht aus der Stadtratssitzung von Donnerstag, 1. Februar 2024**

### **Mischwasserentlastungsbauwerk RÜB 1 in Hammerbach**

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Generalentwässerungsplan (GEP) muss das alte Regenüberlaufbecken (RÜB 1) in Hammerbach ertüchtigt werden.

An Stelle des alten Beckens wird ein Teil des Bestandskanals als Stauraumkanal ausgeführt. Die hierfür erforderlichen Rodungsarbeiten werden derzeit durchgeführt. Alle erforderlichen Genehmigungen für diese Maßnahme wurden eingeholt. Sie liegt außerhalb der Bebauung, so dass mit keinen größeren Beeinträchtigungen durch die Baustellentätigkeiten für Anwohnende zu rechnen ist.

Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung einstimmig, dem Angebot der Firma Raab Baugesellschaft mbH & Co KG, 96250 Ebensfeld, in Höhe von 1.481.075,63 EUR inkl. MwSt. den Zuschlag zu erteilen. Das Angebot liegt rund 26% unter der vorliegenden Kostenberechnung.

### **Haushalt der Stadt 2024**

Der Haushaltsplan 2024 schließt im Ergebnishaushalt mit dem Gesamtbetrag der Erträge von 70.494.320 EUR, dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 86.993.870 EUR und dem Saldo (Jahresergebnis) von -16.499.550 EUR ab.

Im Finanzhaushalt schließt er folgendermaßen ab:

- aus laufender Verwaltungstätigkeit mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von 63.506.570 EUR, dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von 79.075.900 EUR und einem Saldo von -15.569.330 EUR;
- aus Investitionstätigkeit mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von 7.856.630 EUR, dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von 23.790.500 EUR und einem Saldo von -15.933.870 EUR;
- aus Finanzierungstätigkeiten mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von 0 EUR, der Auszahlungen von 3.000.000 EUR und einem Saldo von -3.000.000 EUR
- und dem Saldo des Finanzhaushaltes (Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag) von -34.503.200 EUR.

### **Der Haushaltsplan 2024 des Sondervermögens Stadtentwässerung Herzogenaurach (SEH)**

wurde ebenfalls im Rahmen der Haushaltssatzung festgesetzt. Er schließt im Ergebnishaushalt mit dem Gesamtbetrag der Erträge von 7.132.480 EUR, dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 7.238.480 EUR und dem Saldo (Jahresergebnis) von -106.000 EUR ab.

Im Finanzhaushalt schließt er folgendermaßen ab:

- aus laufender Verwaltungstätigkeit mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von 5.451.000 EUR, dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von 4.808.250 EUR und einem Saldo von 642.750 EUR;
- aus Investitionstätigkeit mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von 942.750 EUR, dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von 4.985.000 EUR und einem Saldo von -4.042.250 EUR;
- aus Finanzierungstätigkeiten mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von 300.000 EUR, dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von 1.200.000 EUR und einem Saldo von -900.000 EUR;
- und dem Saldo des Finanzhaushaltes (Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag) von -4.299.500 EUR.

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Sondervermögens SEH wird auf 300.000 EUR festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren wird auf 14.872.190 EUR festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Sondervermögens SEH in künftigen Jahren wird auf 5.565.000 EUR festgesetzt.

Die Steuersätze (Hebesätze) der Grundsteuern werden unverändert auf 280 v. H. festgesetzt.

Für die Gewerbesteuer beträgt der Hebesatz ebenfalls unverändert 320 v. H..

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 12.700.000 EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens SEH wird auf 1.090.000 EUR festgesetzt.

Weitere Details spiegeln sich in den Stellungnahmen des Bürgermeisters bzw. der Fraktionsvorsitzenden wider.

**Erster Bürgermeister Dr. German Hacker** verwies bei seinen Ausführungen auf grafische Übersichten, die die Kennzahlen aus dem Vorbericht des Haushaltsplans vorstellten. Die Grafiken und die Haushaltsrede sind auf [www.herzogenaurach.de/rathaus/buergermeister](http://www.herzogenaurach.de/rathaus/buergermeister) abrufbar.

In vier zusätzlichen Sitzungen sei im Haupt- und Finanzausschuss der Haushalt 2024 ausführlich vorberaten und ohne Rücksicht auf eigene Vorlieben sehr pragmatisch gehandelt worden, betonte Dr. Hacker zu Beginn und führte weiter aus: In Zeiten sehr guter Gewerbesteuereinnahmen hätten viele freiwillige Leistungen und geringe Beiträge ermöglicht werden können. Nun, in einer Zeit eines deutlichen Gewerbesteuerrückgangs um fast 60 % zum 10-Jahres-Mittel, könne entsprechend weniger bereitgestellt und auch Beiträge müssten angehoben werden. Nicht zu vergessen sei jedoch, dass die Stadt dennoch schuldenfrei sei, über eine hervorragende Infrastruktur verfüge und kräftig investieren könne.

Drei bekannte Randbedingungen bestimmten sehr deutlich das Haushaltsvolumen 2024:

1. Die sehr hohe Kreisumlage, die die liquiden Mittel planmäßig in nur zwei Jahren um 80 Mio. EUR abschmelzen lasse. Dennoch gelinge es 2023, 2024 und mit Einsparungen auch sicher 2025, ein unvermeidbares Haushaltsdefizit auszugleichen. „Wer in guten Zeiten etwas beiseitelegt, kann und darf damit dann auch in nicht so guten Zeiten etwas ausgleichen“, führte der Erste Bürgermeister aus.
2. Die massiv gestiegenen Kosten, z. B. im Bau- oder Technikbereich, der Energie, aber auch bei den arbeitgeberseitigen Personalkosten.
3. Der starke Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen.

Angesichts dessen sei der Haushalt 2024 daher ein stabiler Finanzierungsplan für laufende und geplante Projekte. Klar sei jedoch auch, dass für 2025 und 2026 nochmals erhebliche Einsparungen auf breiter Front zu erbringen seien.

An weiteren, wesentlichen Randbedingungen nannte Dr. Hacker die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, die mit einer Zahl von 24.600 auf dem gleichen Niveau wie die Zahl der Haupt- und Erstwohnsitze lägen.

Die Inflation habe sich bereits wieder deutlich abgeschwächt, insofern sei zu erwarten, dass 2024 ein Jahr der Normalisierung auf der Kostenseite werde. Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen wirke durchaus optimistisch, auch hier könne 2024 eine Wende hin zu einer Aufhellung nach all den Verwerfungen in Folge der Covid-19-Pandemie, des leider immer noch herrschenden Ukraine-Kriegs und seit Oktober 2023 des Nahost-Konflikts werden.

Was die Personalkosten betreffe, so würden Wiederbesetzungen frei gewordener Stellen, sofern nicht zwingend nötig, nicht vorgenommen. Dies führe jedoch ggf. zu einer Umverteilung von Aufgaben auf vorhandene Leistungsträgerinnen und -träger, und es müsse darauf geachtet

werden, das Personal nicht zu überlasten. Gelungen sei, den massiven Anstieg der Personalkosten durch die Tarifierhöhung im Öffentlichen Dienst – arbeitgeberseitig ca. 11% – zum Großteil zu kompensieren, indem die Stellenpläne z. B. bei zahlreichen Stellenanteilen oder auch vereinzelt ganzen Stellen eingekürzt oder nicht mit Geld hinterlegt worden seien. Die Personalkostenplanung sei daher sehr ausgeschärft.

Im Laufe des Jahres 2024 und ebenso definitiv 2025 werde ein weiterer Abbau durch nicht vorgenommene Wiederbesetzungen an bisher ungeplanten Stellen stattfinden, was spürbar werde. Aufgaben oder Aufgabenbestandteile, Leistungen, die die Stadtverwaltung inkl. aller zugehörigen Dienste und Einrichtungen in den vergangenen Jahren freiwillig und in sehr hoher Qualität ausführen konnte, würden nun hier und da möglichst verträglich zurückgefahren. „Wir können uns eben nur das an freiwilligen Aufgaben leisten, was finanzierbar ist“, machte Dr. Hacker deutlich.

Trotz allem könnten jedoch 2024 Investitionen in Höhe von rund 26 Mio. EUR finanziert werden, ohne einen Kredit aufzunehmen. Dazu komme noch die SEH mit fast 5 Mio. EUR an Investitionen.

Anschließend erläuterte Dr. Hacker die **Haushaltszahlen**.

Der Ergebnishaushalt 2024 schließe inkl. Abschreibungen mit einem Minus von rd. 16,5 Mio. EUR ab. Dieses im Vergleich zum Planwert des Vorjahres nochmals schlechtere Ergebnis sei dem fortgesetzten Einbruch bei der Gewerbesteuer und den stark gestiegenen Kosten, auch Personalkosten, geschuldet.

Für 2024 müsse noch weit mehr eingespart werden als 2023. Anzumerken sei:

- Unter Beachtung der nicht zahlungswirksamen Abschreibungen ergebe sich auch in den Folgejahren weiterhin ein Verlust.
- Aber alleine die letzten beiden Jahresabschlüsse, 2022 und der vorläufige für 2023, lägen weit über dem Ansatz (2022: Statt -1,8 Mio. EUR lt. Plan waren es im Abschluss +25,1 Mio. EUR. 2023: Statt rd. -11 Mio. EUR lt. Plan werde es eine „schwarze Null“, maximal ein kleiner einstelliger negativer Millionenbetrag sein).

Die liquiden Mittel würden auch wegen der hohen Kreisumlage planmäßig schmelzen, zum 31. Dezember 2023 betragen sie noch 69,8 Mio. EUR. Auch weiterhin werde der Haushalt mit deutlichen Einsparungen und einer zielgerichteten Investitions- bzw. Ausgabenpolitik stabil gehalten.

Das **Einnahmenniveau** des Haushalts 2024 sei, wie schon 2023, nicht ausreichend. Erfreulich konstant bleibe die hohe Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung, 21,6 Mio. und 6,0 Mio. EUR, von Seiten der Bürgerschaft. Das Grundsteueraufkommen werde 2024 bei konstanten rd. 3,1 Mio. EUR liegen. Angesichts des ausgesprochen niedrigen Hebesatzes, den sich Herzogenaurach seit Jahrzehnten geleistet habe, sei dies ein sehr niedriges Aufkommen. In der Neubetrachtung zur Grundsteuerreform, die ab 1. Januar 2025 greife, werde sich zeigen, wie angesichts der Haushaltslage damit umzugehen sei.

Die Stadt Herzogenaurach sei auch im Jahr 2023 echt schuldenfrei geblieben. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt liege somit bei 0 EUR, der Landesdurchschnitt bei vergleichbaren Kommunen betrage 636 EUR.

Die **Geschäftsentwicklungen der verbundenen Unternehmen** seien im Jahr 2023 besser als geplant verlaufen. Die Wirtschaftspläne 2023, ohne Herzo Media, wiesen im Saldo einen Verlust von ca. 1,63 Mio. EUR aus. Die vorläufigen Jahresabschlusswerte führten nun zu einem tatsächlichen Verlust von rd. 1,24 Mio. EUR, knapp 400.000 EUR weniger als geplant. Die von der **Herzo Werke GmbH** geplanten Investitionen von rd. 6 Mio. EUR hätten im Jahr 2023 nicht realisiert werden können, Maßnahmen zeitlich verschoben werden müssen. Diese würden im laufenden Jahr angepackt, zusätzlich die für 2024 regulär geplanten Investitionen in Höhe von rd. 6,4 Mio. EUR. Die **Herzo Media** habe 2023 Investitionen in Höhe von rd. 0,8 Mio. EUR (Plan 2024: 1,0 Mio. EUR) und die **Herzo Bäder- und Verkehrs-GmbH** in Höhe von ca. 1,3 Mio. EUR (Plan 2024: auch 1,3 Mio. EUR) realisiert. Unter dem Dach der 2023 gegründeten 100%igen „Tochter“ **Herzo Energie GmbH** würden Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie abgebildet, große Photovoltaikanlagen über je eine eigene „Unter-Gesellschaft“ wie die „Herzo PV Burgstall Süd“, die für eine 13 MW-PV-Anlage stehe, abgewickelt. So werde ein erheblicher Beitrag zur Energiewende geleistet und ein konstanter Mehrertrag generiert. Der Verlustausgleich der Gesellschaften in den Folgejahren könne so gesenkt werden.

Im Bereich der **Stadtentwässerung (SEH)** sei es operativ nahezu planmäßig verlaufen, 2023 habe das Investitionsvolumen 5,5 Mio. EUR betragen.

In der Gesamtheit habe der „Konzern Stadt Herzogenaurach“ im Jahr 2023 rund 47 Mio. EUR investiert.

**Haushaltsplan 2024:** Die reinen Steuererträge beliefen sich auf rd. 47,5 Mio. EUR. In der Gesamtheit sei, zzgl. der Entgelte und der gebildeten und weiter aufzulösenden Rückstellung

für die Kreisumlage, von Erträgen von rd. 70,5 Mio. EUR auszugehen. Dagegen stünden die Aufwendungen in voraussichtlicher Höhe von rd. 87 Mio. EUR, woraus der bereits erwähnte Fehlbetrag von 16,5 Mio. EUR resultiere.

Die **Investitionsplanung** umfasse 2024 Vorhaben von insgesamt gut 26,8 Mio. EUR. Etwa 7,9 Mio. EUR an Einnahmen seien zu erwarten, damit verbleibe ein Finanzierungsbedarf von rund 18,9 Mio. EUR, der über Eigenmittel abgebildet werde.

Von den **Projekten des Jahres 2024** stellte Dr. Hacker den Bereich Kindertagesstätten heraus. Die Baustelle zur KiTa mit Pfarrzentrum „St. Josef“ in Niederndorf laufe, der Neubau einer KiTa neben einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung und einem kleinen Stadtteilzentrum mit Versorgungsmöglichkeit durch die „Lebenshilfe e. V.“ an der Beethovenstraße und die Sanierung des ersten Trakts der „Martin-Luther-KiTa“ im Lohhof stünden an. Dazu komme noch die Mensaerweiterung an der Carl-Platz-Schule. Die Ansätze für die städtischen Anteile daran in Höhe von rd. 27 Mio. EUR fänden sich im Investitionsplan für die Jahre 2023 bis 2028 wieder. Für den dringend benötigten größeren Ersatzbau für das Containergebäude an der Mittelschule werde aktuell mit der Regierung von Mittelfranken die aktualisierte Raumbedarfsplanung abgestimmt. Da die Baukosten nach der letzten Schätzung deutlich auf über 7 Mio. EUR gestiegen seien, sei die Stadt auf eine möglichst hohe Förderquote angewiesen.

Die **investiven Klimaschutzmaßnahmen** blieben erheblich, da in sehr vielen Projekten ein großer Teil der Klimaneutralität zu Gute komme. So steckten z. B. Millionen in der energieeffizienten Sanierung und dem Neubau der eben genannten Gebäude.

Im operativen Bereich blieben die Budgets der Feuerwehren stabil auf dem letzten Jahr angehobenen Niveau. Im Invest stünde den Feuerwehren die jährliche Summe von 200.000 EUR zur Verfügung, um vor allem die Fahrzeug- und Technikanschaffungen sicher planen zu können. Es sei gut zu wissen, dass nach 15 Jahren nun viele Neuanschaffungen dank hoher Einnahmen bewältigt seien.

**Stadt, SEH und verbundene Unternehmen** investierten im Jahr 2024 rd. 41,6 Mio. EUR.

Der Personalkostenansatz steige um rd. 0,43 Mio. EUR auf 16,6 Mio. EUR. Nur das kräftige Ausschärfen, das teilweise Streichen von Stellenanteilen, habe im Saldo zu dieser nur geringen Steigerung geführt.

Das Thema deutlicher, zusätzlicher Einsparungen habe in den Vorberatungen breiten Raum eingenommen. Natürlich bereite das Absenken freiwilliger Ausgaben keine Freude bereite, so

Dr. Hacker. Aber es könne nur das ausgegeben werden, was zur Verfügung stehe.

So würden für den baulichen Straßenunterhalt die Ausgaben von 920 auf 420 TEUR sinken. Nur noch das technisch Nötige werde fachgerecht gemacht. Das CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm müsse halbiert werden und sinke auf 50.000 EUR/Jahr. Hier gebe es aber von Seiten des Bundes kompensierende Möglichkeiten. Das Kulturfestival hin&herzo finde nur noch alle zwei Jahre statt und benötige mehr Sponsoring. Die Jugendsonderförderung für Vereine, eingeführt für besonders gute Haushaltsjahre, könne nicht mehr ausbezahlt werden, die Jugendförderung hingegen verbleibe in voller Höhe, ebenso die Vereinszuschüsse für Sportplätze. Auch Mehreinnahmen, dort wo Gebühren sehr gering waren, müssten angehoben werden, z. B. bei den Hallennutzungsgebühren und auch bei den Parkgebühren.

Zwei **Umlagewerte**, die zum Gesamtbild gehörten:

Der Satz der **Gewerbsteuerumlage** betrage 2024 auch 35%. Absolut entspreche dem ein Betrag von 1,6 Mio. EUR. Der Hebesatz der **Kreisumlage** werde bei 47,25% bleiben, trotzdem seien im Jahr 2024 gut 36 Mio. EUR zu leisten. Es sei daher kein Wunder, dass die Stadt erheblich auf das Konto der liquiden Mittel greifen müsse.

Anschließend wandte sich Dr. Hacker zur vollständigen Betrachtung der finanziellen Lage noch einmal den verbundenen Unternehmen zu.

Das Jahr 2023 werde die Herzo Bäder- und Verkehrs-GmbH voraussichtlich mit einem Verlust von rd. 3,82 Mio. EUR abschließen. Die Corona-Auswirkungen seien abgeklungen, die Energiekostensteigerung hinterlasse noch Spuren. Überraschend notwendig gewordene Reparaturarbeiten führten zu Schließzeiten. Das vorläufige Ergebnis 2023 der **Herzo Werke** von voraussichtlich rd. 2,45 Mio. EUR (VJ. 2,1 Mio. EUR) zeige eine gute Behauptung in dem teils unbeständigen Marktumfeld. Die Herzo Werke seien 2022 bis hinein nach 2023 zum sicheren Hafen für viele geworden, die stabile Energiepreise gesucht hätten. Das Ergebnis der Herzo Werke könne, so die Planung, bis 2027 (rd. 2,0 Mio. EUR) gehalten werden.

In den nächsten fünf Jahren würden die Herzo Werke den stolzen Betrag von rd. 30 Mio. EUR investieren. Diese Investitionen gingen einher mit den Projekten der Stadt, insbesondere im Zuge der Sanierungsmaßnahmen im Tiefbau bzw. den Straßen und den Energieverteilungssystemen. In Summe müsse die Stadt damit rechnen, für das Jahr 2024 einen Verlust der o. g. „Herzo Gruppe“ von rd. 1,5 Mio. EUR auszugleichen. Im Gegenzug erhalte die Bürgerschaft aber auch jede Menge Infrastruktur, von Versorgungssystemen über Bäder bis

hin zum Stadtbussystem, demnächst auch große Photovoltaikanlagen. Wenn diese Gesellschaften den Verlustausgleich gering halten könnten, werde das indirekt auch den städtischen Haushalt entlasten.

Es sei wichtig zu erklären, warum gespart werden müsse, unterstrich Dr. Hacker, so z. B. durch den **Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen**. Die Summen der laufenden Ausgaben, inkl. möglicher Finanzierungen von Investitionen, müssten bis auf weiteres, also auch 2025 und 2026, deutlich abgesenkt werden. Neben Einsparungen seien auch höhere Einnahmen zu generieren. Dort, wo es jahrelang, jahrzehntelang leistbar war, nur sehr geringe Einnahmen zu haben, müsse nun nachgesteuert werden. Es sei wichtig, ehrlich aufzuzeigen, dass eben nur das möglich sei, was finanziert und dazu überhaupt das Personal gefunden werden könne, um bestimmte Dienstleistungen erbringen zu können. Die von vielen, auch jungen, Menschen geforderte work-life-balance, der beginnende Ruhestand der „Baby-Boomer“, der 1964 und danach Geborenen, und zurückgehende Steuereinnahmen würden wieder mehr an Eigenleistung und Selbstverantwortung abfordern. Entscheidend sei, dass dies sozial gerecht geschehe.

Der Erste Bürgermeister äußerte schließlich seine Dankbarkeit für die stabilen, friedlichen und im Durchschnitt von Wohlstand geprägten Verhältnisse. Er freue sich, in einer Stadt, einem Land frei zu leben und die eigene Meinung frei sagen zu dürfen. In einem Land, in dem so viele Menschen für die Demokratie auf die Straße gingen, weil sie den Populisten, den Ausgrenzern, den Rechtsextremisten nicht das Feld überlassen wollten.

„Jammern hilft nicht, gehen wir die Dinge pragmatisch und in Ruhe und mit Gelassenheit an. Dann ist alles lösbar. Gerade in Herzogenaurach mit seinen besten Voraussetzungen“, schloss Dr. Hacker seine Rede.

Fast alle Rednerinnen und Redner zeigten sich besorgt über das Erstarken rechtsextremer Tendenzen in Deutschland und im Gegenzug dankbar für die vielen Kundgebungen gegen rechts und für Demokratie überall in der Republik.

Trotz stark eingebrochener Gewerbesteuereinnahmen sei es durch wirtschaftliches und gut überlegtes Handeln wieder gelungen, das Jahr mit einem guten Ergebnis abzuschließen. Viele Feste hätten in Herzogenaurach wieder stattfinden können, so **Holger Auernheimer, SPD-**

**Fraktionsvorsitzender.** Das Amt für Stadtmarketing und Kulturamt habe wieder viel geleistet und für Abwechslung und kulturelle Bereicherung gesorgt. Auch die Geschäftstreibenden seien hervorragend unterstützt worden.

Die Treffen und Jubiläen mit den Partnerstädten hätten wieder intensiv zur Völkerverständigung beigetragen. Gerade in Zeiten antidemokratischer Strömungen würden Treffen wie diese immer mehr an Bedeutung für den Zusammenhalt in Europa gewinnen. Beim Bürgerentscheid zur Südumfahrung habe sich leider eine klare Mehrheit gegen die notwendige Umgehungsstraße entschieden. Da die vorgeschlagenen Alternativen nicht ohne Belastung der Bürgerschaft realisierbar seien, müsse weiterhin nach möglichen Lösungen gesucht werden. Der Freistaat Bayern solle nun seine lange nicht umgesetzte „Niederndorfer Ostspange“, die Verlegung der Staatsstraße 2263, anpacken. Gerne könnten hierfür alle von der Stadt bezahlten Planungen zur Verfügung gestellt werden.

Das größte Projekt der Stadt, der Rathaus-Neubau mit Schloss-Sanierung, sei erfolgreich abgeschlossen. Positive Feedbacks aus der Bevölkerung und von den Beschäftigten im Rathaus bestätigten das gelungene Projekt. Seit der Fertigstellung seien wieder mehr Menschen in der Innenstadt unterwegs und belebten diese, stellte Holger Auernheimer fest und dankte dem Bauamt für seinen intensiven Einsatz.

Bei den Herzo Werken treibe nun Dietmar Klenk zusammen mit seinem Team die Innovationen weiter zielgerichtet voran. Ein Dankeschön sei auch angebracht für die hervorragende Arbeit bei der Media-, Breitband-, Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung und bei der Bus- und Bäderorganisation. Die aktuellen Planungen der neuen Herzo Energie GmbH für Solar- und Windkraftanlagen bereicherten die Stadt.

Wie bereits im letzten Jahr hätten beim Aufstellen des neuen Haushalts weitere Einsparungen erzielt werden müssen. In zahlreichen Haushaltssitzungen sei mit allen Fraktionen eine von der Kämmerei gut vorbereitete Liste von freiwilligen Leistungen der Stadt mit Bedacht durchgearbeitet und mögliche Reduzierungen beschlossen, seien einige Investitionen in die Folgejahre verschoben worden.

In Summe hätten gegenüber dem ersten Ansatz ca. 1,6 Mio. EUR eingespart werden können, ohne dass die Bevölkerung mit merklichen Einschnitten rechnen müsse.

Es sei nun mit einem Minus im Ergebnishaushalt von ca. 16,5 Mio. EUR zu rechnen. Der größte Ausgabenblock sei mit 36,1 Mio. EUR die Kreisumlage. Hinzu käme noch mit 1,6 Mio. EUR die Gewerbesteuerumlage.

Durch den Verzicht der Nachbesetzung verschiedener frei werdender Stellen seien die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr aufgrund der gesetzlichen Tarifsteigerungen lediglich um etwa 420.000 EUR auf ca. 16,6 Mio. gestiegen.

Für Schulen, Horte und Kitas seien aber inklusive der Investitionen ca. 19 Mio. EUR eingeplant. Bei ca. 26,8 Mio. EUR Gesamtausgaben für Investitionen sei mit ca. 7,9 Mio. EUR Zuschüssen zu rechnen. Da in guten Zeiten sinnvolle Investitionen in Straßenbeleuchtung, Energieeffizienz von Gebäuden, Kanalsanierungen usw. getätigt worden seien, könnten nun auch schwierige Jahre gemeistert werden.

Die Planung der StUB laufe problemlos und befinde sich schon in der Entwurfsplanung. Mit einem positiven Bürgerentscheid in Erlangen könne 2034 in Herzogenaurach eingestiegen werden.

Für die Verwaltung werde es sicher wieder ein anspruchsvolles Jahr, und deshalb bedankte sich Holger Auernheimer im Namen seiner Fraktion schon jetzt bei allen Beschäftigten der Stadt und den städtischen Gesellschaften.

Ohne aktive Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Hilfsorganisationen würde Herzogenaurach ein Stück Lebensqualität fehlen. Dieses Engagement sei unbezahlbar, und das gemeinsame Handeln mache die Stadt so bewegend und lebenswert, schloss Holger Auernheimer.

**Walter Drebing, Fraktionsvorsitzender der CSU**, stellte fest, dass die schwierige finanzielle Lage der Stadt Realität geworden sei. Die Zustimmung zum Haushalt 2023 sei verbunden gewesen mit der klaren Aufforderung zum Sparen, was bei den Defiziten der letzten Jahre dringend notwendig gewesen wäre.

Der Ergebnishaushalt weise ein Minus von 16,5 Mio. EUR aus, was bedeute, dass die Stadt ihre laufenden Kosten, die aufgrund von Tarifierhöhungen in den kommenden Jahren mit Sicherheit nicht weniger würden, nicht mehr leisten könne – und das, ohne einen EUR an Investitionen auszugeben. Die geplante Gewerbesteuereinnahme mit 15 Mio. EUR reiche nicht einmal aus, um wenigstens die geplanten Personalkosten mit 16,6 Mio. EUR zu bezahlen. Aus diesen Gründen müssten auch in diesem Jahr wieder die veranschlagten Investitionen sowie das

erwartete Ergebnisdefizit vollständig aus den Rücklagen finanziert werden. Insgesamt belaufe sich der finanzielle Bedarf auf 34 Mio. EUR, damit reduziere sich das Kontoguthaben von etwa 50 Mio. EUR auf 16 Mio. EUR. Wenn davon noch die voraussichtlichen Haushaltsausgabenreste mit 10 Mio. EUR abgezogen würden, so blieben am Jahresende nur noch 6 Mio. EUR auf dem Sparsbuch stehen. Es sei zu befürchten, dass für die Finanzierung der nächsten Haushalte die ersten Schulden aufzunehmen seien.

Bezüglich der geplanten Ausgaben machte Walter Drebingler deutlich, dass die großen Posten in diesem Bereich erneut für das Wohl der Kinder und Jugendlichen vorgesehen seien, was seine Fraktion gerne unterstütze. Da beim freiwilligen Zuschuss der Stadt an die Kindertagesstätten gespart werden solle, müssten auch die Träger der Einrichtungen den Gürtel noch enger schnallen. Gleiches gelte für die Sportvereine, die durch die Erhöhung der Hallennutzungsgebühren mehr belastet würden. Die Förderungen und Zuschüsse zum Umwelt- und Klimaschutz müssten ebenfalls gekürzt, Einsparungen beim Straßenunterhalt gemacht werden.

Der vorherrschende Ausgabenposten im Ergebnishaushalt bleibe erneut die Kreisumlage. Aufgrund der Berechnung, die auf den Einnahmen von vor zwei Jahren beruhe, sei in den kommenden Jahren auf eine erhebliche Verringerung dieser Ausgabe zu hoffen.

Im Ergebnishaushalt stünden viele Pflichtaufgaben, die eine Stadtverwaltung leisten muss. Es müsse aber angemerkt sein, dass viele weitere Leistungen aufgrund von Sparmaßnahmen reduziert oder aufgrund der allgemeinen Rezession deutlich weniger würden. Mit der Erhöhung der Park- und der vhs-Gebühren, der Mieten für Sporthallen usw. würden die Bürgerinnen und Bürger finanziell mehr belastet. Doch selbst durch alle diese Maßnahmen sei es nicht möglich, das geplante Defizit im Vergleich zum letzten Jahr deutlich zu verringern.

Dabei würden bei den nun geplanten Sparmaßnahmen die Aufgaben in vielen Bereichen der Verwaltung deutlich geringer, was zur Folge habe, dass der Personaleinsatz in der Verwaltung reduziert werden könne, was aber erst durch die Wiederbesetzungssperre im laufenden Jahr umgesetzt werde. Wäre von dieser Möglichkeit schon früher Gebrauch gemacht worden, und dabei gehe es nicht um Entlassungen, sondern um Stellen, die aufgrund von Alters- oder sonstigen Gründen frei geworden seien und nicht mehr hätten besetzt werden müssen, so hätten diese Sparmaßnahmen eine große dauerhafte Einsparung bedeutet.

Auch mit einer geringeren Kreisumlage werde es die nächsten Jahre nicht möglich sein, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Die Entwicklung der Gewerbesteuer sehe im Moment auch nicht danach aus, dass sich bald wieder etwas zum Positiven ändere. Es sei darum wichtig, langfristig etwas zu unternehmen. Die Wiederbesetzungssperre sei für seine Fraktion die sinnvollste Maßnahme, um am größten Ausgabeposten, den Personalkosten, Geld zu sparen. Für die geplanten Investitionen stellte Walter Drebinger fest, die großen Projekte seien die zum Teil schon begonnenen Bauprojekte und Zuschüsse für Sanierungen von Kitas, das Rathaus mit Schlossgebäude und Ratskeller, inkl. Außenanlagen, die Erweiterungen von Schulen, ebenfalls schon begonnene Straßenbaumaßnahmen und die größte Investition in die neue Energiegesellschaft. Für den Zweckverband StUB habe der geplante Herzogenauracher Investitionsanteil von 13 auf 22 Mio. EUR korrigiert werden müssen. Seine Fraktion unterstütze dieses Projekt, aber es müsse auch bezahlt werden. Beim Glasfaserausbau, für den extra eine eigene Gesellschaft gegründet worden sei, gehe es leider immer noch nicht schneller voran. Die SEH sei weiterhin mit den begonnenen Maßnahmen beschäftigt mit den großen Schwerpunkten in der Kellergasse und dem Burgstaller Weg. Der Finanzbedarf der SEH für die diesjährigen Investitionen liege bei rund 4 Mio. EUR. Auch bei der Vorschau des Mittelfristigen Investitionsplans der nächsten Jahre sei festzustellen, dass dort deutlich reduziert werden solle. Allen Projekten habe die CSU-Fraktion auch zugestimmt und werde diese auch weiterhin unterstützen. Walter Drebinger machte deutlich, dass er hier bewusst von der Vergangenheit spreche, da neue Projekte wieder einmal weit nach hinten verschoben würden. Es gebe aber auch noch zahlreiche Projekte, die auf der Liste stünden, z. B. eine Stadthalle, eine neue Gymnasiumturnhalle, eine Bücherei, einen Radschnellweg, eine Umsetzung momentan aber nicht möglich sei.

In den Vorberatungen sei viel über mögliche Einsparungen diskutiert worden. Bei solchen geplanten Defiziten, auch in den nächsten Jahren, müsse aber an den großen Schrauben gedreht werden. Er habe nicht den Eindruck, dass die Gestaltungsmehrheit den nötigen Willen habe, um diese Dinge gemeinsam anzupacken. Die CSU-Fraktion werde den Haushalt ablehnen, verbunden mit der Hoffnung auf ein baldiges Einlenken der Gestaltungsmehrheit, um dann vielleicht wieder zusammenzuhalten und gemeinsam einem Haushalt zuzustimmen. In diesen außergewöhnlichen Zeiten bedeute es für alle eine bedeutende Herausforderung, die gestellten Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

**Dr. Manfred Welker, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler**, zitierte als Einstieg in seine Bewertung des Haushalts 2024 den Filmtitel „Die fetten Jahre sind vorbei“. In den Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses sei es bei den Einsparmöglichkeiten eher um kleine Posten gegangen, nicht aber um große Projekte. Nun müssten die Vereine darunter leiden.

Dass die Mehrheit der Bürgerschaft die Südumfahrung abgelehnt habe, spare Flächenfraß und Kosten. Die Freien Wähler seien bereit, an Lösungen zur Verkehrsberuhigung in Niederndorf mitzuarbeiten.

Die Seel- und Siechhausstiftung sei zum Glück immer noch aktiv und erweise sich als sehr langlebig.

Die Innenstadt müsse für Kundinnen und Kunden interessant gemacht werden. Hier sei aber auch zu bedenken, dass viele Menschen aus einem größeren Einzugsbereich mit dem Auto kämen. Auf diese müsse beim Erreichen der Innenstadt Rücksicht genommen werden. Der Wochenmarkt könne die Innenstadt beleben, hier müssten sich die Förder- und Werbegemeinschaft und das Stadtmarketing weiter engagieren.

Wichtig für die Gewerbetreibenden sei es, nur für die Monate zu zahlen, in denen sie die Außenflächen auch wirklich nutzen.

Dr. Welker gab zu bedenken, dass Institutionen wie das Stadtmuseum oder die Musikschule der Kitt sei, der die Gesellschaft zusammenhalte. Darum solle hier nicht zu stark gespart werden. Weiche Standortfaktoren seien für alle wichtig, die nach Herzogenaurach ziehen würden. Da spielten auch Kindergarten-, Kita- und Hortplätze eine wichtige Rolle. Die Ortsteile dürften auch nicht vergessen werden. Anker für die Dorfgemeinschaft seien die Feuerwehren, die gut gepflegt werden müssten.

Im Haushalt 2024 stünden Posten, die seine Fraktion nicht mittragen könne, darum lehne sie diesen ab.

**Patrizia Eliani Siontas, Bündnis 90/Die Grünen**, bedankte sich zunächst bei allen bei der Stadt und ihren Institutionen Beschäftigten für ihren Einsatz. Jeder Euro und jeder Cent, der das angemessen entlohne, sei wertvoll und nachhaltig investiert. Anschließend wertete sie die Verhinderung der Südumfahrung als umweltfreundlich und sozialverträglich sowie als eine echte Sparmaßnahme, direkt aus Bürgerinnen- und Bürgerhand. Diese wirke sich aber nicht als echtes Plus im Haushalt aus, da es das Geld dafür noch gar nicht gegeben habe. Nun müssten

Niederndorf und ganz Herzogenaurach eine Verkehrsberuhigung erfahren. Sie forderte die anderen Fraktionen auf, sich gemeinsam für ein nachhaltiges Verkehrskonzept in der Stadt einzusetzen, um die Verkehrs- und Mobilitätswende voranzutreiben. **Fraktionsvorsitzende Retta Müller-Schimmel** unterstrich im Hinblick auf die aktuelle Lage, dass Demokratie zu leben und wertzuschätzen sei. Alle Sitzungen und Arbeitsausschüsse, die den Stadtrat betreffen, seien seit der Antragstellung ihrer Fraktion im Jahr 2014 prinzipiell öffentlich. Es sei denn, die Tagesordnung lasse dies nicht zu, um das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner zu schützen. Eingerichtet wurde auch eine, ebenfalls von ihrer Fraktion beantragte, Bürgersprechstunde vor allen Stadtratssitzungen. Seitdem sei ein zusätzliches Zeitfenster offen, den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in der Stadt näherzukommen. Die Bürgerschaft solle diese Angebote auch annehmen. Meinungsbildung brauche Zeit und direkte Information und Beteiligungsformen. Für die Erstellung des Radverkehrskonzepts habe es in Herzogenaurach Workshops mit erfreulich hoher Bürgerbeteiligung gegeben. Die Teilhabe am politischen Leben stärke die Demokratie. Darum seien auch Bürgerräte, die andere Städte als Beteiligungsform zur Stadtentwicklung anbieten, nachahmenswert. Mit einer Zusammensetzung per Losverfahren könne so ein Querschnitt der Bevölkerung abgebildet werden.

Der geänderten Finanzsituation sei mit dem Haushaltsentwurf Rechnung getragen worden. Es sei gelungen, wieder einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Obwohl dieser viele Sparmaßnahmen enthalte, sei vieles für ihre Fraktion Wichtige nicht dem Rotstift geopfert worden. Retta Müller-Schimmel nannte hier u. a. den herzoPASS, das Lastenrad zum Ausleihen und die Unterrichtshilfen an der Mittelschule.

Obwohl bei der Aufstellung des Haushaltes immer wieder auch an finanzielle Grenzen gestoßen worden sei, investiere die Stadt kräftig in Erneuerbare Energien, dies entspreche vollkommen grünen Anliegen.

Ihre Fraktion sei gegen die Fortführung der „Bäckertaste“ gewesen. Ca. 50.000 EUR Mehreinnahmen hätten so in Biokost für die Jüngsten investiert werden können.

Ihre Fraktion hoffe, so Retta Müller-Schimmel, dass Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft an einem Strang zögen, gemeinsam die Herausforderungen der Zeit annähmen und sich ihnen gemeinwohlorientiert stellten, ohne Kunst und Kultur hinunterfallen zu lassen.

**Roland Reichelsdorfer (AfD)** meinte, bei der richtigen Einschätzung der Bürgerstimmung in Sachen Südumfahrung hätte viel Geld gespart werden können. Er werde dem Haushalt aber zustimmen, da der richtige Kurs eingeschlagen werde, um die Probleme anzugehen, die seiner Meinung nach u. a. bei gestiegenen Personalkosten, schwankender Gewerbesteuer und der Kreisumlage lägen.

**Michael Dassler (FDP)** unterstrich, dass Haushalten das Gebot der Stunde für 2024 und die nächsten zwei Jahre sei. Wenn die Bäckertaste beibehalten werden solle und damit auf 50.000 EUR Mehreinnahmen verzichtet werde, müsse das Geld im selben Bereich gegenfinanziert werden, was mit der Erhöhung der Parkgebühren geschehe. Es müssten Kompromisse eingegangen werden, darum stimme er dem Haushalt zu.

**Nico Schaufler (Die PARTEI)** stimmte dem Haushalt 2024 zu. Er werde jedoch im Verlauf des Jahres versuchen zu verhindern, dass die Gießkanne über unsinnige Projekte ausgeschüttet werde, und regte eine Verlängerung der Öffnungszeiten für die Gastronomie im Sommer an. Dies sei wirtschaftsfördernd und eine Belebung der Innenstadt zum Nulltarif.

**Dr. Konrad Körner (JU)** hielt die Leistungsfähigkeit der Stadt für nicht gesichert. Die Prioritäten hätten neu festgelegt, die Wiederbesetzungssperre früher begonnen werden müssen. Die Vorberatungen seien enttäuschend gewesen, da keine großen Einsparposten aufgezeigt worden seien. Sinnvoller wäre gewesen, politisch ein Einsparziel zu definieren und dies dann mit der Verwaltung auszuarbeiten. Der Antrag von CSU/JU, dem Stadtrat hierfür die Verantwortung zu geben, sei abgelehnt worden. Er nannte den Personaleinsatz deutlich zu hoch. Die Stadt habe ein Ausgabenproblem. Nun müssten harte Entscheidungen getroffen werden, um nicht noch härtere später zu treffen. Umkehren, Haushalt ablehnen, neu anfangen, das sei für ihn eine sinnvolle Möglichkeit, so Dr. Körner.

Im Anschluss an die Reden zum Haushalt 2024 wurden Inhalte im Gremium diskutiert, danach folgten die Haushaltsabstimmungen. Einstimmig beschloss der Stadtrat den **Haushaltsplan 2024 der Stadtentwässerung** und mit jeweils 17 : 13 Stimmen den **Haushalt** der Stadt

Herzogenaurach 2024 mit Haushalt, Stellenplan und Haushaltssatzung sowie den **mittelfristigen Finanzplan 2023 bis 2027**, der die Investitionen der Stadt Herzogenaurach auf die kommenden Jahre verteilt widerspiegelt. Einstimmig ermächtigte der Stadtrat die Finanzverwaltung, die nach der Haushaltssatzung vorgesehenen **Kreditaufnahmen 2024** für den Haushalt der Stadt Herzogenaurach und für das Sondervermögen Stadtentwässerung Herzogenaurach bei Bedarf zu tätigen.

Bezogen auf die **Pfründner-Hospital-, Seel- und Siechhausstiftung** beschloss der Stadtrat jeweils einstimmig für das Jahr 2024 den Haushalt, Stellenplan und die Haushaltssatzung sowie den mittelfristigen Finanzplan bis 2027. Einstimmig ermächtigte der Stadtrat die Finanzverwaltung, die nach der Haushaltssatzung 2024 vorgesehenen Kassenkreditaufnahmen in Höhe von 38.000 EUR bei Bedarf zu tätigen.

Details können auf [www.herzogenaurach.de](http://www.herzogenaurach.de), Stichwort „Finanzverwaltung“ eingesehen werden.

### **Antrag der FW-Stadtratsfraktion: „Beantwortung von Fragen zum Bürgerentscheid am 15. Mai 2022 und 8. Oktober 2023 zur Südumfahrung und weitere Schritte“**

Dr. Manfred Welker erläuterte den Antrag seiner Fraktion, die sich gerne am Diskurs beteiligen wolle, denn für die Verkehrsentwicklung in Niederndorf würden die bisherigen Daten als Basis gebraucht. Für folgende Fragen bitte er um Beantwortung und nannte als zeitlichen Rahmen für alle Informationen ab Frühjahr 2008, innerhalb der Amtszeit des amtierenden Bürgermeisters:

- Zum Thema „Beauftragungen“: welche Beauftragungen zur Untersuchung von Entlastungslösungen Niederndorfs wurden in den letzten Jahren vergeben? Welche konkreten Zielsetzungen lagen den Aufträgen zugrunde? Wer waren die Auftragnehmer und welcher Budgetrahmen wurde vereinbart? (Die Angabe einer Größenordnung reicht aus) Welche Ideen wurden untersucht, welche davon bewertet und welche davon im Detail tiefer untersucht?
- Zum Thema „Abstimmungen mit den zuständigen Behörden“: Welche Gespräche (Zielsetzung, Teilnehmer, Agenda und Ergebnisse bzw. Vereinbarungen) wurden mit den zuständigen Behörden für den Abschnitt „Staatsstraße“ Vacher Straße geführt mit dem Ziel der Einschränkung des LKW-Verkehrs oder sonstiger die lokale Situation positiv beeinflussender Maßnahmen? Welche Gespräche (Zielsetzung, Teilnehmer, Agenda und

Ergebnisse bzw. Vereinbarungen) wurden mit den zuständigen Behörden für den Abschnitt „Kreisstraße“ Peter-Fleischmann-Straße und Niederndorfer Hauptstraße geführt mit dem Ziel der Einschränkung des LKW-Verkehrs oder sonstiger die lokale Situation positiv beeinflussender Maßnahmen?

Dr. German Hacker zeigte sich verwundert über diesen Antrag, da die Freien Wähler bei allen Diskussionen dabei gewesen waren, Dr. Welker ebenfalls als Stadtratsmitglied und zwischenzeitlich, von 2011 bis 2014 sogar als Dritter Bürgermeister. Es könne darum davon ausgegangen werden, dass dieser sich an Einzelheiten erinnere, insbesondere an die eingehende Beschäftigung mit dem Thema im Vorfeld der Grundsatzentscheidung für eine Südumfahrung im Stadtrat im Juli 2012. Die Unterlagen seien immer öffentlich bekannt gewesen, und durch die nach wie vor vorhandene Präsentation über die Internetseite der Stadt herrsche völlig ausreichende Transparenz.

Unverständlich sei auch, dass sich die Freien Wähler nun öffentlich so äußerten, als ob sie die reine Ostspange gefordert hätten. Dies sei schlicht falsch, was der Bericht im Amtsblatt vom 2. August 2012 über die Stadtratssitzung im Juli dokumentiere. Die Freien Wähler hätten damals die Variante 3a, die Ost-West-Verbindung im Aurachtal, gefordert (statt im Südbogen wie die „Südumgehung“). Dr. Hacker erinnere die Freien Wähler darum gerne an ihre damalige Auffassung. Abgesehen davon, dass für das Planfeststellungsverfahren nachgewiesen worden sei, dass dies faktisch technisch wg. Lärmschutz, Hochwasserschutz, Streckenlänge (inkl. Ostspange) nicht gehe, sei es wohl kaum politisch durchsetzbar gewesen, denn auch dagegen hätte mit einem Bürgerentscheid gerechnet werden müssen. Er stelle darum folgenden Änderungsantrag:

Der Antrag der FW-Fraktion kann mit folgenden Hinweisen und Aussagen als ausreichend beantwortet betrachtet werden. Eine weitere Behandlung erfolgt nicht:

- Alle im Antrag angefragten Punkte wurden stets öffentlich behandelt bzw. ggf. im Nachhinein wurde darüber öffentlich berichtet.
- Alle Entscheidungen wurden in Gremien getroffen. Im Ratsinfosystem der Stadt können alle Stadträte in Beschlussfassungen, Informationen und Sitzungsunterlagen Einblick nehmen.

- Das Projekt Ortsumfahrung Niederndorf ist sehr umfassend mit den wesentlichen Schritten seit 2012 (Grundsatzentscheidung) öffentlich dargelegt. Insbesondere finden sich hierzu die Unterlagen zur Machbarkeitsstudie, zum Raumordnungsverfahren, zum Planfeststellungsverfahren und zu den am häufigsten gestellten Fragen: <https://www.herzogenaurach.de/stadtraum/stadtentwicklung-stadtplanung/ortsumfahrung-niederndorf-neuses> .  
In den Unterlagen wird wiederum auf einzelne Aspekte wie die Vorgeschichte der Entwicklung bis 2012 oder die Auswirkungen von Geschwindigkeitsbeschränkungen und LKW-Verbote eingegangen bzw. auf die Ergebnisse von zugehörigen Gutachten eingegangen. Da stets die breite Alternativendiskussion stattgefunden hat, wurden immer sämtliche Entlastungsmöglichkeiten mitbetrachtet, insbesondere der Radverkehr und der ÖPNV.
- Seit dem Jahr 2012 werden unter der Produktnummer 541186 die Kosten der Planungsschritte zur Entlastung Niederndorfs zusammengefasst. In Summe sind hier 3.024.397,87 EUR angefallen. Diese Zahl wurde bereits öffentlich kommuniziert bzw. durch jährliche Darstellung aller Haushaltsunterlagen auf der Internetseite der Stadt kann auch hier Einblick genommen werden. Vor 2012 wurden Verkehrsuntersuchungen zumeist aus dem Budget für Gutachten etc. des Amtes für Planung, Natur und Umwelt gezahlt. Hierbei handelt es sich allerdings zu den rd. 3 Mio. EUR für den Themenbereich Ortsumfahrung um vergleichsweise geringe Beträge.  
Es sei darauf verwiesen, dass in den Zeitraum 2008 bis 2012 auch Entwurfsplanung und Umbau des Hans-Ort-Rings auf vier Fahrspuren zwischen Peter-Fleischmann-Str. und dem Knoten bei Neuses gefallen sind (die heutige St. 2244). Dieser Teilschritt hat in Summe etwa 5,9 Mio. EUR gekostet, rd. 2,8 Mio. EUR hat die Stadt an Förderung durch den Freistaat erhalten, so dass die städtischen Eigenmittel rd. 3,1 Mio. EUR betragen haben.

Dr. Welker blieb bei seinem Antrag, da für die neueren Mitglieder des Stadtrats alles zusammengefasst werden müsse.

Patrizia Eliani Siontas wies die antragstellende Fraktion darauf hin, dass sie die Verwaltung mit dieser umfangreichen Antragsrecherche unnötig belaste. Es sei, wie gesagt, alles verfügbar.

Mit 4 : 26 Stimmen wurde der Änderungsantrag so beschlossen.